

## „EIN ANGRIFF AUF UNS ALLE“

### ZUR 39. ORDENTLICHEN BUNDESDELEGIERTENKONFERENZ VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MITTE NOVEMBER 2015 IN HALLE AN DER SAALE

„Paris steht für alles, was Europa ausmacht: Christen, Juden, Muslime und Atheisten, die zusammen arbeiten, lernen, leben, ausgehen und feiern, ihnen galt dieser feige Angriff“, sagte der Parteichef der Grünen, Cem Özdemir, in seiner Rede zu den Terroranschlägen in Paris, die in besonderem Maße die Besucher der Konzerthalle Bataclan im 11. Arrondissement von Paris trafen. Das Bataclan mit seiner über 150-jährigen Geschichte gilt als das „Herz der kulturellen Diversität von Paris“, ein Treffpunkt der Linken unterschiedlicher Couleur, in dem auch die Europäische Grüne Partei demnächst eine Veranstaltung plante. So gilt sicher in mehrfachem Sinne: „Darum ist ein Angriff auf Paris auch ein Angriff auf uns alle.“

Gerade jetzt komme es darauf an, erklärte Özdemir auf dem jüngsten Parteitag der Grünen in Halle an der Saale, unsere Werte hochzuhalten und zusammen zu stehen: „Wir wenden uns gegen jede Art von Fanatismus und Extremismus.“ Es müsse möglich sein, die Worte des Propheten zeitgemäß zu interpretieren, je nach Ort und Zeit, ohne dass man um sein Leben fürchten müsse. Und gegen reformunwillige Muslime gewandt, die westliche Werte ablehnen oder attackieren, betonte der Parteichef, der selbst aus einer türkisch-muslimischen Familie stammt: „Kein heiliges Buch steht über den Menschenrechten. Kein heiliges Buch steht über der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.“ Der saudische Wahabismus – eine besonders orthodoxe Form des Islam – sei nicht Teil, sondern Quelle des Problems. Özdemir kritisierte daher scharf, dass Deutschland auf der einen Seite an Saudi-Arabien und die Golfstaaten Waffen liefere, auf der anderen Seite aber den IS bezwingen wolle. Diese „Heuchelei und Doppelzüngigkeit“ müsse endlich aufhören, wenn der IS und andere Terrororganisationen erfolgreich bekämpft werden sollen.

Die Parteiführung der Grünen hatte angesichts der aktuellen Ereignisse kurzfristig einen Tagesordnungspunkt „Paris“ auf die Agenda der 39. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) der Grünen gesetzt, die vom 20. bis zum 22. November 2015 auf dem Halleschen Messegelände tagte. Ein Tagesordnungspunkt, der sich – wie sich zeigen sollte – organisch mit den zentralen Themen des Parteitags verband: zum einen mit der Asyl- und Einwanderungspolitik und zum anderen mit der Wirtschafts- und Klimapolitik. Darüber hinaus befassten sich die rund 750 Delegierten mit Fragen der Familien- und Arbeitszeitpolitik und mit dem Haushalt der Partei. Sie wählten den Bundesvorstand, den Parteirat und das Bundesschiedsgericht der Partei neu und verabschiedeten Änderungen der Satzung und der Geschäftsordnung der BDK. Mit dem Beschluss „Grüner Aufbruch 2017“ orientierten die Delegierten die grüne Parteimitgliedschaft bereits jetzt auf die Bundestagswahl im Jahr 2017, bei der Die Grünen „als die programmatisch progressive Reformkraft der linken Mitte“, wie sich selbst definieren, die „Große Koalition des Stillstands“ ablösen wollen, um „unser Land grün [zu] verändern“.

### DIE POLITISCHE REDE DES BUNDESVORSTANDES

In der Politischen Rede des Bundesvorstandes drückte Parteichefin Simone Peter die Anteilnahme der Grünen mit den Angehörigen der Opfer der Terroranschläge des „Islamischen Staates“ (IS) aus: „Wir stehen an der Seite unserer französischen Freundinnen und Freunde. Nous sommes unis!“ Gemeinsam würden wir die Werte Europas verteidigen: Demokratie, Freiheit, Weltoffenheit und Vielfalt und das Menschenrecht, zu leben und zu lieben wie wir wollen, unsere Meinung frei zu sagen und selbstbestimmt unser Glück zu suchen. Das würden wir uns nicht nehmen lassen, auch nicht durch Terror und Gewalt. „Und wir lassen uns auch nicht verführen, von denen, die jetzt nach Krieg rufen!“, unterstrich die Parteivorsitzende. „Wir wissen, dass sich Terrorismus nicht militärisch bezwingen lässt.“ Die „Kriege gegen den Terror“ hätten nur neuen Terror erzeugt. Wenn militärische Schritte gegangen werden müssten, dann nur legitimiert durch die Vereinten Nationen.

Um den IS zu besiegen, seien Verhandlungen zu Syrien wichtiger als jeder Militäreinsatz. Eine Entspannung zwischen Saudi-Arabien und Iran könne mehr bewirken als Bomben. Den Nachschub für den IS zu stoppen, sei effektiver, als noch mehr Waffen in die Region zu schicken: „Für uns steht fest: Wir werden dem Terror nur besonnen begegnen können.“ Krieg sei keine Lösung, und auch innenpolitisch seien Besonnenheit und Augenmaß gefragt. Schnellschüsse würden niemandem helfen, erklärte Simone Peter vor allem mit dem Blick auf Politiker aus den Unionsparteien. Aus Angst vor Terror die Freiheit über Bord zu werfen, sei der falsche Weg. Und die Parteichefin zitierte Benjamin Franklin: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

Dies gelte auch für das Asylrecht. Flüchtlinge dürften nicht zu Sündenböcken für die Mordtaten von Paris gemacht werden. Es sei niederträchtig und beschämend, wenn der CSU-Politiker Markus Söder versucht, aus dem Terror Kapital zu schlagen und Angst gegen Flüchtlinge zu schüren. Wer angesichts des Leids der Menschen auf der Flucht von Asylmissbrauch rede, der habe jeden Respekt vor den Menschen verloren. Wer wie die Unionsparteien Obergrenzen für Flüchtlinge fordere, Transitzone einrichten wolle oder Leistungskürzungen unter das Existenzminimum anstrebe, der handele verfassungswidrig und rüttelte am Grundgesetz.

Die Grünen würden hingegen für sichere Zugangswege nach Europa, für ein schnelleres Asylverfahren durch Beschneidung der Bürokratie und nicht der Rechte der Flüchtlinge, für den sofortigen Beginn der Integration der Flüchtlinge, für ein modernes Einwanderungsgesetz und für die Bekämpfung der Fluchtursachen eintreten, erklärte Simone Peter. Fluchtgründe bekämpfen heiße, keine Waffen mehr an Diktatoren zu liefern, keine Rüstungsexporte in Krisengebiete zu genehmigen, dagegen die Entwicklungshilfe aufzustocken, faire Handelsabkommen abzuschließen und die Klimakrise zu bekämpfen. Die Grünen würden aber nach den Worten der Parteichefin auch einen neuen Kurs für Europa anstreben – „für eine Jugend mit Hoffnung und Arbeit, für eine Wirtschaft, die in die Zukunft investiert, und für Regierungen, die zusammenhalten, auch in der Not“. Frau Peter betonte: „Wir lassen nicht zu, dass die große europäische Idee zerstückelt wird im Häcksler der nationalen Egoisten. Wir kämpfen für ein solidarisches Europa!“ Die Öko-Partei würde deshalb der „Rechenschieberpolitik“ von Bundesfinanzminister Schäuble einen Green New Deal entgegenstellen. Zugleich wollte die Parteichefin den Blick über das politische Tagesgeschäft hinaus auf „zwei überragende Zukunftsprojekte“, die Deutschland für Jahrzehnte prägen werden, weiten: Die Einwanderung und die Energiewende. An ihnen werde sich entscheiden, wie wir, unsere Kinder und unsere Enkel leben werden: „Beide erfordern eine große gesellschaftliche Kraftanstrengung. Beide bieten gewaltige Chancen und beides sind urgrüne Projekte!“

## **DIE DEBATTE UND DIE BESCHLÜSSE ZUR ASYL- UND EINWANDERUNGSPOLITIK**

In der Debatte zur Asyl- und Einwanderungspolitik äußerte sich viel Unmut der Parteibasis über den sogenannten Asylkompromiss mit seinen Verschlechterungen für Asylbewerber, der durch die Zustimmung der Grünen im Bundesrat zustande kam. Vor allem Delegierte vom linken Parteiflügel kritisierten den Asylkompromiss scharf. Nicht nur dieser Kompromiss sei falsch gewesen. Das gesamte „Konstrukt der sicheren Herkunftsstaaten“ sei abzulehnen, weil es das individuelle Grundrecht auf Asyl aushebele. Die Sprecherin der Grünen Jugend, Jamila Schäfer, konstatierte, hier seien Die Grünen eingeknickt. Sie nannte den Asylkompromiss ein „Asylverschärfungsgesetz“ und brandmarkte ihn als Verrat an grünen Grundsätzen. „Wir haben den schlimmsten Entrechtungen von Asylbewerbern seit 1993 zugestimmt“, konstatierte sie empört und fragte, wie man da noch von einem „Teilerfolg“ sprechen könne. Vielmehr sei Vertrauen enttäuscht worden, und das sei sehr schade. Ein anderer Delegierter forderte in diesem Kontext: „Lasst uns mehr Opposition wagen!“

Diese Delegierten wandten sich – wie Claudia Roth – gegen Obergrenzen für Asylsuchende und gegen die Ausweitung der Liste der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“. Roth unterstrich: „Fluchtursachen zu bekämpfen kann nicht darin bestehen, Länder, aus denen die Menschen fliehen, zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären.“ Die langjährige Bundesvorsitzende warf der Großen Koalition Heuchelei und Doppelzüngigkeit vor, wenn diese einerseits den IS bekämpfen wolle und andererseits Waffen an Saudi-Arabien liefere, das die Ideologie des IS finanziere. Fluchtursachen bekämpfen heiße nicht zuletzt „Raus aus der Kohle“, denn sonst hätten wir infolge des durch die Verbrennung von Kohle angeheizten

Klimawandels und dadurch steigenden Meeresspiegels demnächst noch mehr Klima-Flüchtlinge. Und Astrid Rothe-Beinlich, die Parlamentarische Geschäftsführerin und flüchtlingspolitische Sprecherin der Thüringer Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärte unter dem Beifall der Delegierten: „Ich bin froh, aus einem Land zu kommen, das dem Asylkompromiss nicht zugestimmt hat.“ Denn das sei ein sehr fauler Kompromiss gewesen.

Zahlreiche andere Diskussionsredner wandten sich gegen jegliche Aushöhlung des Asylrechts, gingen dabei jedoch nicht direkt auf den jüngsten Asylkompromiss ein. Sie wollten ganz offensichtlich den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, und die anderen grünen Regierungsmitglieder aus der Schusslinie halten, um sie nicht vor den 2016 anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz von vornherein zu beschädigen und damit deren Chancen auf Wiederwahl zu beeinträchtigen. Sie konzentrierten vielmehr ihre Kritik auf die CSU, die zwar das christliche C im Namen trage, sich aber unmenschlich verhalte, und auf Boris Palmer. Der grüne Oberbürgermeister von Tübingen, einer reichen Stadt, hatte öffentlich über Einschränkungen des Familiennachzuges nachgedacht und im Stil der CSU erklärt: „Es tut mir leid, wir schaffen das nicht. Die Politik muss handeln, sonst implodiert unser Aufnahmesystem und der soziale Frieden im Land.“

Für diejenigen, die im Bundesrat dem Asylkompromiss zugestimmt hatten, stieg die Finanzministerin von Schleswig-Holstein, Monika Heinold, in die Bütt. Während die meisten anderen Redner die Interessen der Asylsuchenden in den Mittelpunkt gestellt hatten, betonte Heinold die Notwendigkeit, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern. Der Bund müsse insbesondere in Bildung und Wohnungsbau nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle investieren.

Winfried Kretschmann betonte in einem sehr zurückhaltenden Statement, das Schicksal der Menschen in anderen Teilen der Welt betreffe uns selbst. Er konstatierte einen enormen Zulauf für rechtsradikale Parteien und Bewegungen in Europa. Mit dem Blick auf die CSU erklärte er, weniger Schnellschüsse, weniger radikal klingende Seifenblasen seien jetzt angesagt. Und obwohl es Kretschmann mit dem sogenannten Asylkompromiss gerade praktiziert hatte, forderte er: „Am Grundrecht auf Asyl darf nicht gerüttelt werden.“ Genauso wahr sei aber seiner Meinung nach auch, „dass wir an Grenzen stoßen“. Baden-Württemberg habe allein im Oktober 2015 so viele Flüchtlinge aufgenommen wie im ganzen Jahr 2014. Zudem gebe es in Deutschland eine politische Vertrauenskrise – und ein Europa, das auseinanderdrifte. Kretschmann sagte: „Wir brauchen mehr, nicht weniger Europa.“ Die Grünen müssten mit anpacken und Probleme lösen. Der Asylkompromiss, der im Bundesrat erreicht wurde, sei „ein Wert an sich“, denn er symbolisiere „den Konsens der politischen Kräfte“ in Deutschland. Er zeige auch: „Wir sind kompromissfähig.“ Kretschmann sagte: „Wir müssen schwierige Entscheidungen treffen“ und „unangenehme Maßnahmen“ durchführen wie die Rückführung von Flüchtlingen. Erfolg oder Misserfolg der Integration von Flüchtlingen werde darüber entscheiden, ob aus Flüchtlingen in fünf Jahren Leistungsträger oder Leistungsempfänger werden. Unter dem Beifall der Delegierten erklärte der Ministerpräsident: „Ich will, dass wir es schaffen – in Deutschland und in Europa.“

Bereits im Vorfeld des Parteitages in Halle waren in der Asyl- und Einwanderungspolitik die Differenzen zwischen dem linken Parteiflügel und den Reformern und Realos andererseits aufgebrochen. Die deutlichsten Veränderungsabsichten an der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Grünen artikuliert der bayerische Hard-Core-Realo Dieter Janecek (MdB). Er setzte sich dafür ein, dass Die Grünen ihre Forderung aufgeben, Asylbewerber im Sozialsystem vollständig den Hartz-IV-Empfängern gleichzustellen. Allerdings zog Janecek einen entsprechenden Antrag wieder zurück. Andere Änderungswünsche, die auf die Streichung eines Passus im Leitantrag des Bundesvorstandes zur Asyl- und Einwanderungspolitik zielen, der die Einrichtung eines „Deutschlandfonds“ zur Integration von Flüchtlingen anregt, der von Politik und Wirtschaft gemeinsam gefüllt werden soll, erhielt Janecek jedoch aufrecht.

Sprengstoff für die innerparteiliche Debatte enthielt auch der Antragssatz: „Dabei ist klar, dass nicht alle, die in Deutschland Asyl beantragen, auch bleiben können.“ Während ein Änderungsantrag aus den Reihen der Parteilinken die Streichung dieses Satzes forderte, wollten Vertreter des Realo-Flügels, darunter Robert Habeck, stellvertretender Ministerpräsident in Schleswig-Holstein und Bewerber für die Spitzenkandidatur der Grünen zur Bundestagswahl 2017, die Passage mit einer Einfügung noch verschärfen: „Politische Verantwortung bedeutet auch, diese harte Wahrheit auszusprechen und sie in unser Handeln einzubeziehen.“ Sie konnten sich allerdings damit ebenso wenig durchsetzen wie die Parteilinken mit ihrem Anliegen, den besagten Satz zu streichen.

Im beschlossenen Leitantrag „Ja, so schaffen wir das! Der grüne Plan für eine menschliche Flüchtlingspolitik und moderne Einwanderungsgesellschaft“ weisen Die Grünen Forderungen aus der Union und der SPD, das Asylrecht durch Obergrenzen auf nationaler oder europäischer Ebene auszuhebeln, zurück: „Das Grundrecht auf Asyl ist ein Gebot der Menschlichkeit und der historischen Verantwortung. Es hat für uns uneingeschränkt Geltung – unabhängig von der Herkunft des Flüchtlings. Es kann und darf daher keine Obergrenzen für dieses Grundrecht geben.“ Asylsuchende hätten Anspruch auf eine gewissenhafte Prüfung ihrer Asylgründe. „Erst in der Einzelfallprüfung bewährt sich das Asylrecht als individuelles Grundrecht“, wird in dem Beschluss betont. Asylsuchenden, für die das Asylrecht nicht greife, die aber als Fachkräfte identifiziert wurden, wollen Die Grünen „einen Spurwechsel aus dem humanitären Aufenthaltswort in einen Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit ermöglichen. Dabei ist klar, dass nicht alle, die in Deutschland Asyl beantragen, auch bleiben können“, heißt es in diesem Zusammenhang. In dem Kontext treten Die Grünen für ein modernes Einwanderungsrecht und für ein Einwanderungsgesetz ein, weil „wir neben der Aufnahme Schutzbedürftiger erfolgende Einwanderung steuern wollen und müssen“.

Die Grünen halten die von der Bundesregierung mit Nachdruck betriebene Ausweitung der „sicheren Herkunftsstaaten“ für falsch, weil sich Staaten nicht per Gesetz für „sicher“ erklären lassen würden. Sie wollen das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und die Verschärfungen im Asylrecht bei nächster Gelegenheit rückgängig machen. Sie lehnen die geplante Aussetzung des Familiennachzuges von subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre ebenso ab wie die Einrichtung von Transitzonen an den Binnengrenzen und halten die Dublin-Regelungen für gescheitert und Pläne, nach denen Flüchtlinge aus Afghanistan schneller abgeschoben werden sollen, angesichts der dortigen Lage für absurd. Die Grünen verlangen vielmehr einen bundesweiten Investitionspakt, der sich auf die Bereiche Bildung/Spracherwerb, Arbeitswelt, Gesundheit und Wohnen fokussieren müsse. Zur Finanzierung dieser Aufgabe schlagen sie einen „Deutschlandfonds für Integration“ vor, in den Staat und – auf freiwilliger Basis – auch Unternehmen einzahlen und der Kommunen und Initiativen offensteht. Die Öko-Partei will damit das Angebot von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen annehmen, mit anzupacken. Darüber hinaus wollen Die Grünen die Asylverfahren beschleunigen, ohne die Rechte von Schutzbedürftigen auszuhöhlen, und wollen dafür bei den zuständigen Behörden Tausende zusätzlicher Mitarbeiter einstellen oder aus anderen Dienststellen abordnen. Sie möchten perspektivisch Flüchtlinge in die sozialen Sicherungssysteme aufnehmen, befürworten die Umwidmung von Geldern aus dem Programm „Stadtumbau Ost“ zur Instandsetzung statt zum Abriss und wollen den Arbeitsmarkt für Flüchtlinge öffnen, ohne dass dabei der Mindestlohn unterlaufen wird.

Die Öko-Partei kritisiert den Populismus von Teilen der CDU und der CSU, mit dem sie andere Parteien am rechten Rand – wie AfD und NPD – stärken, und verurteilt jede Form von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und menschenfeindliche Anschläge auf Flüchtlinge und Unterkünfte. Sie tritt für „mehr Europa in der Flüchtlingspolitik“ ein, wendet sich gegen neue Mauern und Stacheldrahtzäune und fordert legale und sichere Zugangswege für Flüchtlinge. In einem weiteren Beschluss fordert sie, lokal und global Fluchtursachen anzugehen, statt Symptome zu bekämpfen. Insbesondere Europa trage durch seine einseitig und eng definierte Interessenpolitik vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit, durch seine Anhängigkeit von fossilen Brennstoffen, durch seine fehlgeleitete Rüstungs-, Handels-, Steuer-, Fischerei-, Agrar- oder Rohstoff-Politik sowie durch seine gebrochenen Versprechen im Bereich Globale Gerechtigkeit und Klimaschutz eine große Mitverantwortung dafür, dass so viele Menschen gezwungen sind, ihre bisherige Heimat zu verlassen. Es brauche daher in Europa, aber auch in Deutschland eine grundlegend andere Politik in allen Politikfeldern. Vor allem Rüstungsexporte an Diktatoren und Konfliktparteien müssten sofort gestoppt werden.

## **DIE DEBATTE UND DER BESCHLUSS ZUR WIRTSCHAFTS- UND KLIMAPOLITIK**

Im Unterschied zur Debatte über die Asyl- und Einwanderungspolitik lief die Diskussion zur Wirtschafts- und Klimapolitik ohne nennenswerte innerparteiliche Kontroversen ab. Die Rednerinnen und Redner hoben den organischen Zusammenhang von Wirtschafts- und Klimapolitik hervor und attackierten die Große Koalition, die zwar über Klimaschutz rede, aber in der Wirtschaftspolitik die falschen Signale sende und in Brüssel als Bremser und Blockierer strengerer Umweltschutzaufgaben in Erscheinung trete. Ihr seien die kurzfristigen Interessen der Großindustrie näher als die langfristigen der Gesellschaft hinsichtlich des

Klimas. Insbesondere diejenigen Diskutanten, die in Regierungsverantwortung in den Bundesländern stehen, waren bestrebt, die Erfolge grünen Regierungshandelns auf dem Feld von Wirtschafts- und Klimapolitik herauszustellen. So verwies die Wirtschaftsministerin von Rheinland-Pfalz, Eveline Lemke, darauf, dass es in diesem Bundesland gelungen sei, den Klimaschutz im Wirtschaftsministerium anzusiedeln und seit ihrem Amtsantritt 2011 rund 60.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Steilvorlage für Parteichef Cem Özdemir, der Die Grünen aufforderte, die Wirtschaftskompetenz nicht den Schwarzen und schon gar nicht den Roten zu überlassen.

Vertreter des rechten Parteiflügels wie Tarek Al-Wazir, Eveline Lemke oder Cem Özdemir plädierten für den Dialog mit der Wirtschaft und sahen vor allem jene Unternehmen als Partner für eine grüne Wirtschafts- und Klimapolitik, die innovativ und ökologisch wirtschaften. Eveline Lemke betonte, dass sich Investitionen in den Klimaschutz auch und gerade für Unternehmen auszahlen würden. Denn die Folgen der Klimakrise kämen uns teurer zu stehen als der Klimaschutz selbst. Der hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir stimmte ihr zu: „Wir brauchen ein Wirtschaftsmodell, das wirtschaftliche Entwicklung erlaubt ohne Böden, Wasser und Klima zu überlasten.“ Um dies zu fördern, gelte es ökologisches Verhalten von Unternehmen zu belohnen und klimaschädliches zu sanktionieren. Aber es gab aus diesem Parteiflügel auch Kritik an den Wirtschaftsverbänden. Cem Özdemir erinnerte an die scharfen Angriffe der Wirtschaftsverbände auf das grüne Steuerkonzept im Bundestagswahlkampf 2013 und fragte: „Wo ist der Aufschrei der Wirtschaftsverbände, wenn Horst Seehofer die Energiewende an die Wand fährt, wenn Sigmar Gabriel verhindert, dass Flüchtlinge frühzeitig eine Arbeit aufnehmen können?“

Einen anderen Akzent setzte Anton Hofreiter, der Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion. Er kritisierte, dass die Bundesregierung eine nachhaltige Klimapolitik vermissen lasse. Angela Merkel gebe zwar auf internationalen Klimagipfeln stets große Versprechen ab, packe im eigenen Land aber nicht an. Er forderte, dass sich die Kanzlerin mit den Erdöl- und Kohlekonzernen anlegen müsse und nicht deren klimaschädliche Wirtschaftsweisen noch fördern dürfe. „Lasst uns diese Traumtänzer aus der Bundesregierung aus dem Amt wählen und endlich Realpolitik machen“, rief Hofreiter den Delegierten zu. Die Bundestagsabgeordnete Annalena Baerbock kritisierte die Große Koalition wegen der Subventionen für die Stilllegung von Braunkohlekraftwerken und forderte, die Gelder in Erneuerbare Energien zu investieren. Sie verlangte, generell aus der Kohle auszusteigen, weil die Kohleverstromung den Klimawandel anheize und auf die Klimakrise wie ein Brandbeschleuniger wirke.

Die Grünen fordern in ihren Beschlüssen zur Wirtschafts- und Klimapolitik eine „verantwortungsvolle Politik“ ein, die zügig darauf reagiert, „dass wir mit unserer Wirtschaftsweise und der menschengemachten Klimakrise an dem Ast sägen, auf dem wir alle sitzen“. Eine gute Zukunft werde es nur dann geben, wenn unser Wirtschaften innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten stattfindet, wenn alle Menschen am erwirtschafteten Wohlstand teilhaben können und unsere Lebensweise nicht mehr dazu führt, dass in anderen Teilen der Welt Menschen ausgebeutet werden und die Umwelt zerstört wird. Es gehe darum, das Primat der Politik zurückzuerobern und internationale Konzerne dazu zu verpflichten, sich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen.

Die Öko-Partei will einen Aufbruch für grüneres Wirtschaften und mehr Lebensqualität. Sie setzt dabei auf Ordnungspolitik mit klaren ökologischen und sozialen Leitplanken für Märkte, um die Natur vor Übernutzung und die Menschen vor Ausbeutung zu schützen. Die Finanzkrise habe deutlich gemacht, dass Märkte aus den Fugen geraten und irrational werden, wenn sie nicht vernünftig kontrolliert werden oder die Politik falsche Ziele formuliert. Marktwirtschaft funktioniere auf Dauer nur dann erfolgreich, wenn sich Einkommen und Vermögen nicht immer weiter konzentrieren und die Teilhabe nicht von der sozialen Herkunft abhängen würden. Ein aktives, stabilisierendes Eingreifen der öffentlichen Hand sei notwendig, damit Marktwirtschaft funktionieren könne. Dazu würden auch öffentliche Investitionen gehören, die entsprechend finanziert werden müssten. Es brauche in der Marktwirtschaft umverteilende Steuern und Abgaben wie eine angemessene Vermögensbesteuerung und ausgleichende Elemente im Sozialversicherungssystem.

Zudem könne Wirtschaftspolitik heute nicht mehr national gestaltet werden. Wenn die großen Herausforderungen wie die Globalisierung oder die Digitalisierung gestaltet werden sollen, bedürfe es einer europäisch abgestimmten Wirtschaftspolitik und einer stärkeren internationalen Zusammenarbeit. In diesem Kontext fordern Die Grünen einen Green New Deal für Europa, der die tiefe ökologische, ökonomische und soziale Krise, in der der alte Kontinent stecke, aktiv angeht. Sie fordern einen

europäischen Steuerpakt, der Steuerhinterziehung unterbindet und eine gemeinsame Bemessungsgrundlage sowie Mindestsätze bei der Unternehmensbesteuerung schafft. Die Öko-Partei strebt eine echte Wirtschafts- und Währungsunion aller 28 EU-Mitgliedsstaaten an, will die demokratisch schlecht kontrollierte Eurogruppe der Finanzminister reformieren und fordert die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds mit europäischen Finanzmitteln, um die Eurozone vor neuen Krisen an den Finanzmärkten besser zu schützen.

Die Grünen sehen im digitalen Wandel eine große Chance für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft und erhoffen sich davon große Produktivitätssprünge, die mit einer Einsparung von Ressourcen und fossilen Rohstoffen einhergehen. Sie setzen auf eine Kreislaufwirtschaft, die Ressourcen immer wieder nutzt. Sie wollen die Energiewende erfolgreich fortführen und die energetische Gebäudesanierung zum grünen Job-Motor machen. Sie möchten die Wirtschaftsdemokratie und die solidarische Ökonomie stärken und genossenschaftliches Wirtschaften aufwerten. Sie wenden sich gegen private Schiedsgerichte zwischen Staaten und Unternehmen und wollen CETA, TTIP und TISA stoppen.

Damit die Erderwärmung nicht auf über zwei Grad steigt und die Folgen der Klimakrise beherrschbar bleiben, setzen Die Grünen auf verbindliche Klimaschutzziele, einen funktionierenden Emissionshandel und 100 Prozent Erneuerbare Energien. Es sei notwendig, Deutschland bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig zu de-karbonisieren, Geld aus Kohle, Öl und Gas abzuziehen und stattdessen Innovationen zu fördern, die die Natur nutzen und nicht zerstören. Bis 2030 soll die Stromversorgung in Deutschland nahezu komplett auf Erneuerbare Energien umgestellt werden. Forderungen von Robert Habeck und anderen Realos, von diesem Ziel abzurücken, um andere Sektoren wie Industrie, Mobilität und Wärme nicht aus den Augen zu verlieren, konnten sich nicht durchsetzen.

Die Grünen werfen der Großen Koalition Versagen in der Klimapolitik vor und fordern, Deutschland müsse sich wieder an die Spitze des internationalen Klimaschutzes stellen. Sie verlangen eine Reform des europäischen Emissionshandels und wollen überschüssige Zertifikate in Höhe von mindestens zwei Milliarden Emissionszertifikaten dauerhaft vom Markt nehmen und löschen. Nach Auffassung der Öko-Partei brauche Deutschland ein Klimaschutzgesetz mit ambitionierten CO<sub>2</sub>-Reduktionszielen für Stromversorgung, Industrie, Gebäude, Landwirtschaft und Verkehr mit verbindlichen jährlichen Zwischenzielen: 40 Prozent Minderung bis 2020, 60 Prozent bis 2030 und 95 Prozent bis 2050. Die Grünen fordern die Beendigung der Ausbau-Deckelung bei Erneuerbaren Energien, eine bessere Förderung von Energieeinsparung und -effizienz, die schrittweise Einsparung von 10 Milliarden Euro an klimaschädlichen Subventionen, die Ausweitung der Mehrwertsteuer auf internationale Flüge und die volle Integration der internationalen Luftfahrt in den Emissionshandel.

## **DIE NEUWAHLEN ZUM PARTEIVORSTAND UND ZUM PARTEIRAT**

Die Neuwahlen zum Parteivorstand und zum Parteirat hatten zum Ergebnis, dass der neue Bundesvorstand der alte ist. Nur für die Ämter der beiden Parteivorsitzenden traten eine Gegenkandidatin und ein Gegenkandidat an, die jedoch den Amtsinhabern nicht gefährlich werden konnten. Simone Peter wurde mit 68 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Sie erhielt damit 8 Prozent weniger als bei ihrer ersten Wahl vor zwei Jahren, ein Indiz dafür, dass der linke Parteiflügel nach dem Rückzug von Jürgen Trittin noch keine authentische Führungspersönlichkeit gefunden hat. Cem Özdemir konnte 77 Prozent der Delegiertenstimmen auf sich vereinigen und damit rund sechs Prozent mehr als bei der vorangegangenen Wahl 2013.

Politischer Bundesgeschäftsführer bleibt Michael Kellner, Schatzmeister Benedikt Mayer. Als weitere Mitglieder des Bundesvorstandes amtieren in der neuen Legislaturperiode Gesine Agena und Bettina Jarasch weiter, und Gesine Agena wurde zudem als Frauenpolitische Sprecherin wiedergewählt.

In den neuen sechzehnköpfigen Parteirat wurden 13 Personen gewählt, darunter die erklärten Bewerber für eine Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl 2017, die beiden Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter, sowie Robert Habeck – alle mit achtbaren Ergebnissen. Die beiden Bundesvorsitzenden, Simone Peter und Cem Özdemir, sowie der Politische Bundesgeschäftsführer, Michael Kellner, gehören dem Gremium qua Amt an. Bei der Wahl des Parteirates scheinen beide Flügel der Partei erfolgreich darauf geachtet zu haben, dass sie in etwa gleicher Stärke wie

bisher in diesem Gremium vertreten sind und sich an ihrem Einfluss möglichst wenig ändert (siehe Übersicht im Anhang).

Die bisherigen Parteiratsmitglieder Tarek Al-Wazir (stellvertretender Ministerpräsident in Hessen), Rasmus Andresen (MdL in Schleswig-Holstein), Annalena Baerbock (MdB), Claudia Dalbert (MdL in Sachsen-Anhalt), Rebecca Harms (Fraktionsvorsitzende von Greens/EFA im Europäischen Parlament) und Bärbel Höhn (MdB) traten nicht wieder zur Wahl an. Bemerkenswert ist, dass der Hard-Core-Realo Alexander Bonde, Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz in Baden-Württemberg, bei der Wahl zum Parteirat durchfiel.

\* \* \*

Hervorzuheben sind vor allem vier Eindrücke von der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Halle an der Saale:

**Erstens** kannte der Parteitag – bezogen auf die Parteiflügel – keine klaren Gewinner und keine klaren Verlierer. Strömungspolitisch gesehen, verliefen die Aushandlungsprozesse und Abstimmungen ambivalent. Während es beispielsweise den Parteilinken nicht gelang, den Satz, nicht jeder Flüchtling könne hier bleiben, zu streichen, erklärten die Delegierten fast alles für falsch, was Kretschmann und die grünen Minister im Asylkompromiss unterschrieben hatten.

**Zweitens** stellten Die Grünen ihre Ideale in der Asyl- und Einwanderungspolitik noch einmal heraus – und dies nach dem Motto, die Kompromisse, die man in Koalitionen eingehen müsse, nicht schon in das Programm zu schreiben (Gesine AGENA). Das Eingehen des grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und der grünen Minister in den Landesregierungen (mit Ausnahme Thüringens) auf die Asylrechtsverschärfung im Bundesrat signalisierte jedoch andererseits, dass Die Grünen in künftigen Bundesregierungen – egal ob in einer Koalition mit den Sozialdemokraten oder mit den Unionsparteien – zu Kompromissen um des Regierens willen bereit sind.

**Drittens** demonstrierten Die Grünen durchaus überzeugend, wie sich künftig (grüne) Wirtschaftspolitik mit Klimaschutz in Einklang bringen lassen kann. Als Lösung präsentierten sie hier ihr Konzept eines Green New Deal für Europa und machten damit in einer Zeit, in der die Solidarität und der Zusammenhalt der Europäischen Union auf mehrfache Weise in Frage gestellt werden, deutlich, dass grundlegende Fragen wie der Übergang zu einer ressourcensparenden umweltverträglichen Wirtschaftsweise und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in einem geeinten Europa am besten gelöst werden könnten.

**Viertens** wollen Die Grünen „als eigenständige politische Kraft“ (wie es in ihrem Beschluss „Grüner Aufbruch 2017“ heißt) in die Wahlen der nächsten zwei Jahre gehen. Ihr Ziel ist es, im Ergebnis der kommenden Landtagswahlen die „grünen Landesregierungen fortzusetzen und neue hinzuzugewinnen“ und bei der Bundestagswahl 2017 ein zweistelliges Ergebnis zu erreichen und „realistische Optionen für eine Regierungsbeteiligung zu haben“, um im Bund Politik gestalten zu können – offenbar egal mit wem auch immer.

**Jochen Weichold**

## Anlage

### Ergebnisse der Wahlen zum Parteirat der GRÜNEN 2015:

Name, Vorname	Anteil der Stimmen in Prozent	Bemerkungen
Dörner, Katja	62,0	Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion; neu im Parteirat
Göring-Eckardt, Katrin	64,5	Vorsitzende der Bundestagsfraktion
Habeck, Robert	65,3	Stellvertretender Ministerpräsident von Schleswig-Holstein; neu im Parteirat
Hagl, Sigi	70,1	Landesvorsitzende in Bayern; neu im Parteirat
Haßelmann, Britta	71,8	Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Bundestag
Henfling, Madeleine	65,1	Stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion im Landtag Thüringen; neu im Parteirat
Hofreiter, Anton	72,2	Vorsitzender der Bundestagsfraktion
Keller, Ska	70,8	neu im Parteirat
Kellner, Michael	-	als Politischer Bundesgeschäftsführer geborenes Mitglied des Parteirats
Löhrmann, Sylvia	69,0	Stellvertretende Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen
Marquardt, Erik	61,5	ehemaliger Sprecher der Grünen Jugend; neu im Parteirat
Meyer, Christian	70,1	Landwirtschaftsminister in Niedersachsen; neu im Parteirat
Özdemir, Cem	-	als Bundesvorsitzender geborenes Mitglied des Parteirats
Peter, Simone	-	als Bundesvorsitzende geborenes Mitglied des Parteirats
Schick, Gerhard	63,8	MdB, Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion
Spitz, Malte	69,9	Mitglied im Landesvorstand NRW

Nicht mehr zur Wahl in den Parteirat angetreten: Tarek Al-Wazir, Rasmus Andresen, Annalena Baerbock, Claudia Dalbert, Rebecca Harms und Bärbel Höhn.

Zur Wahl in den Parteirat angetreten, aber nicht gewählt: Florian Betz, Alexander Bonde, Adalbert Faller, Christian Ryll und Daniela Wagner.

Stand: 24. November 2015